

Die Rolle der Topkader bei der Förderung der Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung: Synthese der Forschungsresultate

| | |
|-----------------|--|
| Projektdauer : | 01.01.2016 - 31.1.2018 |
| Verantwortung : | Prof. Dr. Daniel Kübler, Institut für Politikwissenschaft und Zentrum für Demokratie Aarau, Universität Zürich (Daniel.Kuebler@zda.uzh.ch) |
| Bearbeitung : | Roman Zwicky, MA, Zentrum für Demokratie Aarau, Universität Zürich (Roman.Zwicky@zda.uzh.ch) |
| Auftraggeber : | Kompetenzzentrum für Mehrsprachigkeit, Universität Freiburg i.Ü |
| Begleitgruppe: | Kathrin Karlen Moussa (EPA), Sarah Losego (EFD), Verio Pini (BK), Stéphanie Riehle (BAK), Daniel Wüthrich (WBF) |

1. Ausgangslage und Ziel

Die Geschäftsleitungsmitglieder und Topkader der rund 70 Verwaltungseinheiten der Bundesverwaltung sind für die Umsetzung der geltenden sprachlichen Vorgaben (gemäss SpG, SpV und Mehrsprachigkeitsweisungen) verantwortlich. Mit diesem Forschungsprojekt soll geklärt werden, welche Einstellungen die Mitglieder des Topkaders gegenüber dem Sprachenmanagement haben, und wie sie die Ziele und Massnahmen des Bundes zur Förderung der Mehrsprachigkeit wahrnehmen und beurteilen. Zudem geht es darum aufzuzeigen, welchen Handlungsspielraum die Führungskräfte der Bundesverwaltung zur Förderung der Mehrsprachigkeit wahrnehmen und wie sie diesen nutzen.

2. Vorgehen und Methode

Die Analyse stützt sich auf Daten aus folgenden Quellen:

- Datenbank des Kompetenzzentrums für Amtliche Veröffentlichungen (BK);
- Personaldatenbank BV Plus des Eidgenössischen Personalamts (EPA);
- Standardisierte Online-Befragung der Mitglieder des Topkaders der Bundesverwaltung im Herbst 2016; 242 Teilnehmende (Rücklaufquote: 69.1%);
- Qualitative Interviews mit Geschäftsleitungsmitgliedern von 20 Verwaltungseinheiten von Departementen, Bundeskanzlei und Parlamentsdiensten (Mai bis August 2017).

3. Resultate

3.1 Das Mehrsprachigkeitsprofil der Bundesverwaltung

Anhand der Originalsprache der Gesetzeserlasse des Bundes lässt sich die Benutzung der Amtssprachen in den verschiedenen Verwaltungseinheiten abschätzen. In der betrachteten Zeitspanne zeigt sich insgesamt ein klarer Bedeutungsgewinn des Französischen. Im Jahr 1998 waren 5 Prozent der Gesetzeserlasse im Original auf Französisch verfasst, 2015 waren es 18 Prozent. Es gibt allerdings weiterhin grosse Unterschiede zwischen den Departementen. Italienisch ist als Originalsprache von Gesetzeserlassen nahezu bedeutungslos.

Die Daten aus dem Personalinformationssystem des Bundes (BV Plus) zeigen, dass die Diversität des Bundespersonals im letzten Jahrzehnt insgesamt zugenommen hat. Nicht nur hat sich die Vertretung der Sprachminderheiten verbessert, auch die Anteile von weiblichen Bundesangestellten sind gestiegen. Verwaltungseinheiten mit einem höheren Frauenanteil weisen oftmals auch höhere Anteile von sprachlichen Minderheiten auf. Dies deutet darauf hin, dass Gleichstellung der Geschlechter und bessere Vertretung der Sprachminderheiten nicht miteinander im Widerspruch stehen.

3.2 Haltung des Topkaders zur Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung

Gefragt nach einer ‚idealen‘ Verwaltungseinheit zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Deutsch- und Französischsprachigen. Während für Deutschsprachige effiziente Arbeitsabläufe wichtiger sind, haben Mehrsprachigkeitsaspekte für die Französischsprachigen mehr Gewicht.

Die Vorgaben und Massnahmen zur Förderung der Mehrsprachigkeit stossen beim Topkader auf grosse Akzeptanz und werden in der Regel als hilfreich erachtet. Französischsprachige Topkader befürworten die Förderung der Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung am stärksten. Italienischsprachige scheinen sich hingegen mit ihrer sprachlichen Ungleichbehandlung abgefunden zu haben.

Als wichtigste Akteure für die erfolgreiche Förderung der Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung nennen die befragten Topkader-Mitglieder die eigene Departementsvorsteherin bzw. den eigenen Departementsvorsteher, sowie die Direktion bzw. Geschäftsleitung der eigenen Verwaltungseinheit.

Der eigene Einfluss auf die Förderung der Mehrsprachigkeit wird von den befragten Topkadern als eher gross wahrgenommen. Im Vergleich zu männlichen Befragten beurteilen Frauen den eigenen Handlungsspielraum als grösser. Die grösste Einflussmöglichkeit sehen die befragten Topkader bei der Personalrekrutierung. Aber auch vorbildhaftes Verhalten von Führungskräften und ein klares Bekenntnis der Geschäftsleitungen zu den Zielen der Mehrsprachigkeit ist gemäss ihren Aussagen wichtig.

Als grosse Herausforderung wird die Mehrsprachigkeit im Beschaffungswesen angesehen. Die Kommunikationsfähigkeit in allen Amtssprachen, sowohl während der Submissionsverfahren, als auch im Projektmanagement danach ist wichtig für die Chancengleichheit der Unternehmen in allen Sprachregionen. Weitere Herausforderungen bilden der Stellenwert von Italienisch und Englisch für die Arbeit beim Bund.

4. Empfehlungen

Im Anschluss an diese Untersuchung lassen sich folgende Empfehlungen formulieren:

- *Weiterführung der aktuellen Massnahmen zur Förderung der Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung:* Diese sind breit akzeptiert und werden als sinnvoll und hilfreich angesehen. Die Weiterentwicklung dieser Massnahmen sollte qualitativ, nicht quantitativ erfolgen. Der Gebrauch des Italienischen in der internen Kommunikation sollte stärker gefördert werden.
- *Reflexionsfähigkeit über die Mehrsprachigkeit erhalten und stärken:* Akzeptanz und Wirksamkeit der Förderungsmassnahmen hängen davon ab, dass sie vernünftig, sinnvoll und ‚mit Augenmaß‘ umgesetzt werden. Dafür sind gute Kenntnisse über Wirkung, Wirksamkeit und Einsatzmöglichkeiten vonnöten.
- *Mehrsprachigkeit im Beschaffungswesen weiterhin thematisieren:* Dieser Bereich wird von den Führungskräften der Bundesverwaltung als grosse Herausforderung gesehen. Bei den meisten ist eine ausgeprägte Sensibilität vorhanden. Die begonnenen Anstrengungen zu dieser Thematik sind weiterzuführen.

Die Publikation des vollständigen Schlussberichts zu dieser Untersuchung, sowie von Zusammenfassungen in Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch erfolgt voraussichtlich Ende Juni 2018.